



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/52

2. März 1950

## Hilfe und Dankbarkeit

R.D. Im Zusammenhang mit dem Marshallplan ist in letzter Zeit verschiedentlich von mangelnder deutscher Dankbarkeit gesprochen worden. Hier müssen wohl einige weit verbreitete Vorstellungen korrigiert und bestimmte Massnahmen auf ihren eigentlichen Ursprung und den Rahmen zurückgeführt werden, in dem sie in Wirklichkeit zu sehen sind.

Zunächst einmal: Der Dank der deutschen Bevölkerung geführt uneingeschränkt den Hunderttausenden von Amerikanern, Schweizern, Schweden, Dänen, Engländern, kurz allen denen, die unter persönlichen Opfern ebensoviel Hunderttausende von Deutschen vor dem Hungertode bewahrten. Die Marshallplanhilfe aber in diese Kategorie mildtätiger Hilfe einzureihen, heisst, ihr Wesen völlig zu verkennen.

Es waren durchaus reale politische und wirtschaftliche Erwägungen, die zugleich bewiesen, dass man sich in den verantwortlichen amerikanischen Kreisen den Blick durch kriegsgegnerische Ressentiments nicht trüben liess, die zu dem Marshallplan führten.

Der Krieg hatte schliesslich alle wirtschaftlichen Beziehungen der Völker, ihre Produktion und ihren Handel gründlich gestört.

Die weltwirtschaftlichen Verflechtungen waren aber so zwingend, dass der Ausfall vor allem der europäischen Produktion und ihres

Marktes die Wirtschaften aller Völker der Welt in Mitleidenschaft zog. Es war besonders die amerikanische Wirtschaft, die unzerstört,

ja ausgeweitet aus diesem Krieg hervorging und den europäischen Markt ebenso dringend bedurfte wie Europa ihrer Hilfe. Das war

der wirtschaftliche Hintergrund.

Aber auch politisch bedeutete ein verelendetes Europa eine Weltgefahr. Einmal als saugendes Vakuum, als günstiges Ausbreitungsobjekt für den Bolschewismus, zum anderen in seinem Herzen, in Deutschland, ein billiges Objekt für nationalistische Spekula-

tionen. Beiden Gefahren ist die Marshallhilfe wirksam begegnet. Über die bolschewistische braucht man nichts zu sagen. Auf die nationalistische Möglichkeit spekulieren nicht nur heute noch unbedeutende deutsche, sondern leider auch gewisse alliierte und vor allem französische Kreise, um am Vorwurf des deutschen den eigenen Nationalismus pflegen zu können. Hier wäre es besser, die Warnungen und Vorschläge der wirklichen deutschen Demokraten nicht zu überhören.

Wenn die Zweckbestimmung der Marshallhilfe wirklich erreicht werden soll, und hier liegt doch wohl der tiefere Sinn der Erhaltung eines praktischen Dankes ohne sentimentalen Augenaufschlag, nämlich eine europäische und auch deutsche Lebenshaltung ohne Furcht vor Not und Unterdrückung, so kommt es doch wohl ausschliesslich auf die praktische Verwendung der Mittel in Deutschland und auf den Beitrag an, den Deutschland mit seiner Arbeit am Wiederaufbau Europas leistet. Von hier aus bekommt auch die alliierte Kritik erst ihren Sinn, als Kritik an dem Mitarbeiter, nicht an einem angeblich Beschenkten.

Wenn sich heute besonders die amerikanische Kritik der Argumente bedient, die von der Opposition seit Jahren vorgetragen wurden - übrigens ein Faktum, über das sich die Weltpresse ausschweigt - so muss daran erinnert werden, dass gerade diese Kritiker sehr lange viele Gelegenheiten versäumt haben, sich im Sinne ihrer heutigen Argumente durchzusetzen. Das trifft zu für ihre Kritik an der Besetzung und Einstellung deutscher Behörden und der deutschen Justiz, an dem Erfolg der Entnazifizierung, an der Regelung der Besitzverhältnisse in der Schwerindustrie und den Problemen der Entkartellisierung, an der Verteilung des deutschen Sozialproduktes und hier besonders in der Frage der Löhne und Preise. Bei all diesen Problemen waren es zumeist alliierte Gesetze und Verordnungen, die einen Zaun um den deutschen Naturschutzpark legten.

Mit dieser Feststellung soll den Bundesbehörden nichts von ihrer Verantwortung für die falsche Wirtschaftspolitik in Westdeutschland abgenommen werden: Wir wollen darauf verweisen, dass wir die Folgen des alliierten Versuches, ihre Art Demokratie einfach nach Deutschland zu verpflanzen und unter Verhinderung einer gründlichen Umgestaltung der deutschen sozialen Verhältnisse die deutschen Besitz- und Machtverhältnisse zu erhalten, vorausgesehen und davor gewarnt haben. Es wird nun wieder die Aufgabe der wirklichen Demokraten in Deutschland sein, die Folgen dieser Politik der Bundesbehörden und ihrer durch die Alliierten mitverschuldeten Voraussetzungen abzuwehren. Damit werden die deutschen Demokraten zu einer unnötigerweise erhöhten Anstrengung für den europäischen Wiederaufbau verpflichtet. Das Verlangen, dafür besonders dankbar zu sein, wäre absurd.

Valona - eine sowjetische Mittelmeerfestung

sp. Der Fehlschlag der vom Kreml in Griechenland geschürten Unruhen und der Abfall Jugoslawiens hat den Sowjets nicht den erhofften Machteinfluss im Mittelmeerraum gebracht. Als einziger treu ergebener Satellit ist in diesem Raum nur Albanien übriggeblieben.

In diesem kleinen Land mit seiner zerklüfteten Felsenküste entfalten die Sowjets seit geraumer Zeit eine erhöhte Aktivität im

Ausbau militärischer Anlagen, besonders stark in der Bucht von Valona. Die dieser Bucht vorgelagerten Inseln, die Halbinsel und

die in der Bucht gelegene Insel Sasenc sind von unterirdischen Bunkern, Munitionsdepots, Werkstätten und Aufenthaltsräumen für Mann-

schaften und Verwandete durchzogen. Auf der Insel Sasenc sind ausserdem ausgedehnte Abschussbahnen für V-Geschosse im Bau. Die In-

sel, die durch ihre Lage gegen Angriffe vom Meer einen natürlichen Schutz hat, wird dank einer massierten Luftabwehr auf den steil

abfallenden Felsen auch durch Fliegerangriffe nur schwer verwundbar sein.

Der durch die Anlage von V-Waffenbahnen betonte offensive Charakter dieser Befestigungen ergibt sich aus der Lage am Eingang

der Strasse von Otranto und aus der Tatsache, dass Saseno-Valona zugleich auch der südlichste Eckpfeiler eines V-Basen-Systems

ist, das sich von der Ostsee (Peenemünde) bis zur Adria quer durch Europa zieht. Ein Blick auf die Karte lässt unschwer erkennen,

welche Bedrohung die in der Linie Peenemünde-Valona ausgebauten V-Basen Kranichfeld (Thüringen) und Pilsen (Tschechoslowakei) dar-

stellen. Von ihnen aus können alle wirtschaftlichen, politischen und militärischen Schwerpunkte in Westeuropa erreicht werden. Der

in diesem Plan weiter vorgesehene Ausbau einer V-Basis bei Marburg (Drau) ist infolge der Ereignisse in Jugoslawien ins Wasser ge-

fallen.

(b/B91/2/23/hs)

- o - c -

Häusermord in der Tschechoslowakei

sp. Nach einem Bericht der tschechischen Besiedelungsbehörde wurde jetzt die Übereignungsaktion von 100.000 sudetendeutschen

Familienhäusern zu Ende geführt. Mit der Überschreibung dieser Häuser auf die tschechischen Bewerber ist auch die Erteilung des

Erbrechtes verbunden. Ursprünglich wollte man auf das Erbrecht verzichten, musste aber dann wegen des mangelnden Interesses wieder

darauf zurückgreifen. Der grösste Teil dieser Häuser, nämlich

25.000, wurde im Aussiger Kreis zugeteilt, die restlichen 75.000 verteilen sich auf die übrigen Tätigkeitsbereiche der Besiedlungs-

behörde. Neben diesen 100.000 Wohnhäusern wurden noch Tausende von Gebäuden an staatliche und kommunale Verwaltungsstellen, an die

kommunistischen Ortsausschüsse, Parteiorganisationen, Genossenschaften usw. übergeben. Schliesslich wurden Zehntausende von Häusern,

für die sich kein Interessent fand, dem Verfall preisgegeben und zur Gewinnung von Brennholz ausgeschlachtet.

(b/B.81/2/23/hs)

- o - o -

### Deutsche Kriegsgräber

sp. Rund 210 000 deutsche Soldatengräber auf heimatlichem Boden führt der Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge in seiner Zen-

tralgräberkartei ausser den rund 600 000 Gräbern, die auf ausserdeutschem Gebiet liegen. Beschämend ist, dass über diese Nachfol-

ge des Krieges auf ostzonalen Boden keinerlei Erhebungen bestehen, zumal gerade im Osten Deutschlands zum Ausgang des Krieges die

schwersten und blutigsten Kämpfe stattgefunden haben. Die Ostzonen-Regierung würde sich ein grosses Verdienst erwerben, wenn sie auf

den ehemaligen Schlachtfeldern ihres Gebietes die Ordnung so herstellte, wie es in Westdeutschland geschehen ist. In so mancher deutschen

Familie könnte dann eine Ungewissheit behoben werden, die von Jahr zu Jahr nicht nur wegen ihrer menschlichen, sondern auch wegen der

juristischen Aspekte unerträglich wird. Es ist durchaus möglich, dass die Regierung Pieck-Grotewohl in diesem Fall allen guten Wil-

len hat, aber auch wenn dem so wäre, stiesse sie dabei auf die Absicht der Russen, über die Verluste in diesem Krieg, ob bei Freund

oder Feind, bewusst Unklarheit zu lassen, weil jede weitere Klärung zu Lasten der Kriegsgefangenenpolitik Moskaus geht. Aus diesem Grund

sind auch die Nachrichten über deutsche Kriegsgräber in den Oststaaten spärlich. Russland, das sich über so viele Postulate der

Menschlichkeit hinwegsetzt, kennt auch die Pietät nicht, daher verweigert es jede Zusammenarbeit und Auskunft auf dem Gebiete der

Kriegsgräber.

Zwar hat vor einigen Monaten eine kirchliche Stelle in der

Ostzone die Registrierung der deutschen Kriegsgräber übernommen. Zahlenmässige Ergebnisse liegen bisher nicht vor, sie sind angesichts der Grösse der zu bewältigenden Aufgabe so bald auch nicht zu erwarten. Zu erwarten wäre aber, dass die Ostzonen-Regierung trotz russischer Widerwillen ihren Apparat mit einsetzt, damit diese traurige Angelegenheit endlich bereinigt wird.

Im Gegensatz zu dieser Situation im Osten hat der Volksbund auf westdeutschem Gebiet mit Unterstützung aller in Frage kommenden

in- und ausländischen Faktoren wirken können. Aus eigenen Mitteln sind eine Reihe würdiger Sammelgrabstätten geschaffen worden; wei-

tere solcher Stätten sind im Bau und in der Planung. Sobald die zwischenstaatlichen Bedingungen geregelt sind, kann der Volksbund

mit der Ausgestaltung der Kriegsgräber im Ausland beginnen. Zu den 250 deutschen Krieger-Friedhöfen aus dem ersten Weltkrieg kommen

dann die Grabstätten aus dem zweiten Völkerringen. Heute werden in den Ländern im Westen die deutschen Gefallenen in grossen Sammel-

friedhöfen zusammengebettet; zwölf solcher Friedhöfe sind in Frankreich im Entstehen, je zwei in Italien und Belgien, einer in Hol-

land. Diese Sammelgräber entstehen aus 200 000 Einzelgräbern in Frankreich, 100 000 in Italien, 45 000 in Belgien und 34 000 in

Holland. Aus den übrigen Ländern hat der Volksbund folgende deutsche Kriegsgräber registriert; je 20 000 in Luxemburg, Nordafrika

und Österreich, 15 000 in Finnland, 13500 in Norwegen, 10 500 in Dänemark und 3000 in Schweden. In allen diesen Ländern sind die

Gräber fast restlos erfasst und die Toten identifiziert. Neuidentifizierungen sind - freilich unter erschwerten Bedingungen - nur

bei solchen Toten notwendig, die jetzt bei den Umbettungen zusätzlich gefunden werden.

Die Gedanken zum Volkstrauertag werden nicht nur durch die Ungewissheit beeinflusst, die über den Gräbern im Osten liegt. Hier, im Westen, wäre es notwendig, dass Volksbund und Kirche sich endlich über das endgültige Datum, über Sinn und Ausgestaltung des Volkstrauertages einigen. Bisher war das nicht möglich.